



Prof. Dr. Gert G. Wagner ist Vorstandsvorsitzender des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Höhere Durchschnittslöhne und höhere Spitzensteuern

Die wirtschaftliche Entwicklung wird auf kurze wie auf lange Sicht erheblich davon beeinflusst, wie die entstandenen Einkommen verteilt werden. Vielfach wird behauptet, es käme vor allem darauf an, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu stärken. So würde quasi automatisch die Investitionstätigkeit angeregt, was wiederum eine Ausweitung der Produktion nach sich ziehe. Dieses Argument kann allerdings nicht erklären, warum die Investitionstätigkeit in Deutschland in der letzten Dekade schwach blieb – obwohl sich doch die Einkommen immer mehr hin zu den Unternehmen und den Vermögensbesitzern verschoben haben und die Löhne real stagnierten.

Es sieht so aus, dass ein anderer Effekt eine wichtige Rolle spielt: Mit steigendem Einkommen und Vermögen wird ein immer kleinerer Teil der Einkommen tatsächlich für Konsumzwecke verwendet – stattdessen wird mehr und mehr gespart. Das erleichtert Investitionen, aber es fehlt auch an Kaufkraft für die produzierten Güter und Dienste. Eine in diesem Wochenbericht auf Basis der DIW-Erhebung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) vorgelegte Simulationsrechnung zeigt, dass die Sparquote in Deutschland weniger stark gestiegen wäre, wenn die Lohnneinkommen mit der Entwicklung der Selbständigen- und Vermögenseinkommen Schritt gehalten hätten. In der Spitze hätte die Sparquote dann um 0,6 Prozentpunkte niedriger gelegen, die Konsumausgaben um immerhin zehn Milliarden Euro pro Jahr höher. Stattdessen wurde durch den schwachen privaten Verbrauch die Binnennachfrage geschwächt. Und so ist eine groteske Abhängigkeit vom Export entstanden.

Aufgrund des erwarteten moderaten Lohnanstiegs dürften in diesem wie im nächsten Jahr die unteren und mittleren Einkommensgruppen wieder stärker am Anstieg des verfügbaren Einkommens partizipieren und sich dadurch der Anstieg der Sparquote merklich abflachen. Denn die Gering- und Normalverdiener werden weniger sparen als die Besserverdienenden. Zudem nimmt wohl die durch die Eurokrise entstandene Unsicherheit ab – und damit auch

die Neigung, aus Vorsicht zu sparen. Auch die weitere Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte den Konsum stimulieren.

Wird nun eitel Sonnenschein herrschen? Wohl kaum. Denn es hat sich eine erhebliche Staatsschuld aufgebaut, und deswegen lässt die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand sehr zu wünschen übrig. Das beeinträchtigt die Zukunftsaussichten der jungen Generationen. Vielfach wird bei der Infrastruktur, insbesondere auch im Bildungsbereich, von der Substanz gezehrt. Eine stärkere Besteuerung im oberen Einkommensbereich könnte die Staatseinnahmen erhöhen und die Infrastruktur stärken, ohne den Konsum deutlich zu schwächen. Im aktuellen Vierteljahrsheft zur Wirtschaftsforschung, herausgegeben vom DIW Berlin, werden entsprechende „Modelle des sozialen Ausgleichs“ vorgelegt. Neben einer Rückkehr zur Vermögenssteuer wird eine Erhöhung der Erbschaftsteuer ins Spiel gebracht. Dies ist nicht einfach umzusetzen, da die Erfassung und Bewertung von Vermögen notorisch schwierig ist. Auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium beklagte jüngst die massiven Vergünstigungen für Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer.

Da es um Verteilungsfragen geht, ist auch ein Wort zum Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst angebracht: Verkündet wurde, dass die Löhne um 6,3 Prozent steigen werden – allerdings im Laufe von zwei Jahren. Rechnet man genauer nach, ergibt sich für das erste Jahr der Laufzeit des Tarifvertrages ein durchschnittlicher Anstieg um 3,7 Prozent, im zweiten Jahr kommen die Arbeitnehmer auf eine Lohnanhebung von zwei Prozent. Der Lohnanstieg liegt damit insgesamt noch im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums. Kein Grund zum Jubeln, aber auch kein Grund zu einem Lamento. Wobei Letzteres für viele der klammen Kommunen verständlich ist. Das ist aber nur ein Hinweis darauf, dass durch eine Anhebung der Steuern und eine andere Verteilung der Steuereinnahmen etwas zugunsten der Kommunen getan werden muss.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Susanne Marcus
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Kristina van Deuverden

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Susanne Marcus
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.